



Info

Zum Greifen nah'!!

„Wir hätten uns durchaus jetzt einen Beschluss über endgültige Lösungsmodelle vorstellen können. Doch wir akzeptieren den aktuell bestehenden Bedarf zur Feinjustierung, denn aus unserer Sicht bleibt alles im „grünen Bereich“, so der GdP-Landesvorsitzende Reinhold Schmitt nach den Verhandlungen zum Thema „Zukunftssichere Landesverwaltung“ zwischen der Landesregierung und den ÖD-Gewerkschaften im DGB und DBB in der Saarbrücker Staatskanzlei.

Was war Anlass?

Nachdem die GdP bereits am 8. Juni des vergangenen Jahres in den Verhandlungen mit der Landesregierung die Einrichtung einer Arbeitsgruppe zu den Themen „Zulagenwesen“ und „besondere Regelungen, u. a. für Schichtdienstleistende, bei der Lebensarbeitszeitgrenze (62)“ für Polizei, Feuerwehr und Justizvollzugsdienst erreicht hatte, wurden Kompromissmodelle erarbeitet. Diese standen allerdings insbesondere unter dem Vorbehalt der Vereinbarkeit mit den Konsolidierungsverpflichtungen des Saarlandes im Rahmen der Schuldenbremse. Die Ergebnisse müssen demnach gegenüber den anderen Bundesländern und vor allem gegenüber dem Stabilitätsrat, also dem Kontrollorgan für die Einhaltung der Haushaltsvorgaben, darstellbar sein.

Das ist im Prinzip bei beiden Themen und den dazu erarbeiteten Modellen der Fall. Lediglich an den Übergangsregelungen für die Faktorisierung der Schichtdienstzeiten, die auf Antrag einen abschlagsfreien Eintritt mit 61 bzw. 60

Jahren ermöglichen sollen, muss noch gearbeitet werden.

Dies bedeutet konkret: Das für die saarländische Polizei erarbeitete Päckchen für Zulagen und Faktorisierung von Schichtdienstzeiten wird nicht mehr aufgeschnürt. Die Nachjustierung orientiert sich an den erzielten Kompromissen.

Dabei steht die dringend notwendige Neuausrichtung der Zulagen, z. B. für den Schichtdienst im Sinne der Regelung der Bundespolizei, aber auch die Anpassungen für SEK und MEK nicht zur Disposition!

Im Übrigen muss auch noch an den Regelungen für Teilzeitbeschäftigte und für die stufenweise Umsetzung der Pension mit 67 bei Lehrerinnen und Lehrern „gefeilt“ werden.

Das komplette Maßnahmenpaket zur Realisierung der „Pension mit 67“, inklusive der besonderen Altersgrenze „62“ für Polizei, Feuerwehr und Justizvollzugsdienst, wird in wenigen Wochen zu einem Gesetzentwurf führen. Das rechtzeitige Inkrafttreten zu Beginn des nächsten Jahres wird dadurch gewährleistet.

Die GdP fordert mit Nachdruck Hochdruck beim Nachklapp. Vielleicht ist unser Delegiertentag im März ein guter Verkündungstermin für die Ministerpräsidentin.

Das Thema ihrer Festrede lautet:

Zukunftssicheres Saarland - Zukunftssichere Polizei!?

Die gute Lösung ist zum Greifen nah'!

Gewerkschaft der Polizei, Kaiserstr. 258, 66133 Saarbrücken

Fon: 0681 84124 10, Fax: - 15, www.gdp-saarland.de, gdp-saarland@gdp-online.de

20.01.2014